

Milei und Musk – Wegweiser für Deutschlands Zukunft

Beitrag von Oskar Lipp, MdL

Am 20.03. fand im Bayerischen Landtag die Podiumsdiskussion der AfD-Landtagsfraktion zum Thema "Was kann die deutsche Wirtschaftspolitik von den Erfolgen von Milei und Musk lernen?" statt. Zu den Gästen gehörten der Milei-Berater Prof. Dr. Philipp Bagus, Prof. Dr. Thorsten Polleit, Präsident des Mises-Instituts, und der Staatsrückbau-Experte Dr. Andreas Tiedke. Teilnehmende Abgeordnete waren die Fraktionsvorsitzende Katrin Ebner-Steiner, der wirtschaftspolitische Sprecher Oskar Lipp als Moderator der Veranstaltung und Franz Bergmüller, Mitglied der Enquetekommission für Bürokratieabbau.

Katrin Ebner-Steiner betonte in ihren Eingangsworten, dass die AfD die Partei für wirtschaftliche Freiheit, Tradition und Familie ist. Die AfD will einen schlanken, keinen schwachen Staat. Denn gerade ein auf seine Hauptaufgaben reduzierter Staat wird umso effizienter und schlagkräftiger im Sinne seiner Bürger handeln können.

Prof. Dr. Philipp Bagus stellte dazu heraus, dass nach Javier Milei der Staat sich vor allem auf innere Sicherheit und Rechtsprechung konzentrieren muss. Dementsprechend hat Milei einen drastischen Rückbau staatlicher Aufgaben und Regulierungen vorgenommen, der bereits jetzt zu mehr Freiheit und Wohlstand bei den Bürgern geführt hat. Darüber hinaus arbeitet der argentinische Präsident schon seit Jahren an einer „Kulturrevolution“: Der sozialistischen Neidmentalität stellt er die positiven Werte, Sparen, harte Arbeit und Nächstenliebe entgegen. Genau mit diesen Werten hat er die Argentinier von sich überzeugen können.

Dazu ergänzte Prof. Dr. Thorsten Polleit, dass auch Deutschland ein massives Mentalitätsproblem hat, das für die ökonomische Krise maßgeblich mitverantwortlich ist. In Deutschland herrscht eine hohe Staatsgläubigkeit vor, freiheitliche Werte werden kritisch bebüßt. Hierzulande, so Polleit, braucht es eine Rückbesinnung auf Immanuel Kants Leitsatz „Wage zu denken!“.

Dr. Andreas Tiedke verdeutlichte, dass auch in der Politik selbst ein Mentalitätswandel nötig ist. Der Politik muss es um Effizienz gehen, nicht darum Effekte zu erzielen. Zudem ist es wichtig, sich wieder am Prinzip der Subsidiarität zu orientieren. Maßgebliche Kompetenzen

müssen an kleinere Einheiten zurückverlagert werden. Die jetzige EU zeigt deutlich, dass Zentralismus immer zu mehr Staat und Bürokratie führt.

Für Franz Bergmüller ist die AfD derzeit die einzige Partei, die sich wirklich konsequent für den Bürokratieabbau einsetzt. Er hob hervor, dass die anderen Parteien vor allem solche Personen für den Abbau von Bürokratie einsetzen, die selbst Profiteure des Systems sind. Nur mit der AfD kann dieser Teufelskreis durchbrochen und eine freiheitliche Wende im Land eingeläutet werden – ganz nach dem Vorbild der Reformen von Javier Milei und Elon Musk.

Europa auf dem Weg zur „totalitären Demokratie“?

Der vom israelischen Historiker Jacob Talmon geprägte Begriff beschreibt schon jetzt den Zustand angeblich demokratischer Herrschaftsorganisation in Europa. Talmon meinte, dass totalitäre Demokratien von „einer Nomenklatura beherrscht werden, die keine Machtkonkurrenz duldet“.

Beitrag von Markus Buchheit, MdEP

Das ist mitnichten eine provokante Analyse. Bestes Beispiel für den Demokratieverfall ist die Entscheidung des rumänischen Verfassungsgerichts, das den ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahl im November 2024 annullierte und damit die Präsidentschaftswahl in Rumänien abbrach. Der parteilose Calin Georgescu ging aus dem ersten Wahlgang mit knapp 23 Prozent der Stimmen als Sieger hervor. Die Partei Georgescus, die Uniunea Salvați România (USR), galt im Vorfeld der Wahlen als Anti-Korruptionspartei. Eine parteiische Justiz schlug sich auf die Seite des sozialistischen Wahlverlierers Marcel Ciolacu. Der rumänische Verfassungsrechtler Bogdan Iancu kommentierte: „Es handelt sich um einen gefährlichen Präzedenzfall, der, wenn er wiederholt wird, ernsthaft in Frage stellt, was von unserer Demokratie und unserem angeblich richtigen Staat übrig geblieben ist.“

Nun hat sich das Ganze in abgewandelter Form in Frankreich wiederholt. Die aussichtsreiche Präsidentschafts-Kandidatin Marine Le Pen wurde per Gerichtsbeschluss politisch neutralisiert. Vordergründig ging es in dem Verfahren gegen Le Pen und Mitangeklagte um illegale Parteienfinanzierung und Veruntreuung öffentlicher Gelder. Das Urteil gegen Marine Le Pen ist drakonisch, aber besonders pikant ist der Entzug des passiven Wahlrechts für fünf Jahre. Die sofortige Rechtskraft des Urteils macht eine Berufung unmöglich, Marine Le Pen ist für das Präsidentenamt nicht mehr wählbar.

In Deutschland läuft es ähnlich. Im aktuellen Koalitionspapier heißt es: „Im Rahmen der Resilienzstärkung unserer Demokratie regeln wir den Entzug des passiven Wahlrechts bei mehrfacher Verurteilung wegen Volksverhetzung. Wir wollen [...], Hass und Hetze noch intensiver bekämpfen und dazu insbesondere den Tatbestand der Volksverhetzung verschärfen. Wir prüfen, inwiefern eine Strafbarkeit für Amtsträger und Soldaten, [...], eingeführt werden kann.“ Mithilfe dieser dehnbaren Aussagen lässt sich eine links-politisierte Justiz vortrefflich instrumentalisieren. Die Stoßrichtung wird die AfD treffen. Auch hier wird an

Verbotsverfahren gebastelt und juristische Entscheidungen entsprechend medial vorbereitet. Man denke an die Correctiv-Lügen, die jüngste Entscheidung des rheinland-pfälzischen Verfassungsgerichtshofs, wonach das Neutralitätsgebot des Staates nicht bei Aussagen gegen die AfD gelte, und andere desavouierende Aktionen.

Lange standen Demokratie, Bürgerrechte und Freiheit in Europa nicht so sehr unter Beschuss wie heute. Umso wichtiger ist es, dass wir weiter am Erfolgsprojekt AfD arbeiten, den Tätern auf die Finger schauen und an einer substanziellen Politikwende arbeiten.

Am 25. März 2025 trat der neu gewählte 21. Deutsche Bundestag zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. In dieser Sitzung wurde das Präsidium des Bundestages gewählt. Es zeigte sich aber erneut, dass die anderen Fraktionen der AfD ihre parlamentarischen Rechte verweigern!

Beitrag von Gerold Otten, MdB

Am Tag vor der Sitzung wurde ich von unserer Fraktion einstimmig zum AfD-Kandidaten für das Amt des Bundestagsvizepräsidenten gewählt. Laut Geschäftsordnung des Bundestags steht jeder Partei ein Vizepräsident zu, diesmal auch wieder der CSU, trotz Fraktionsgemeinschaft mit der CDU, denn die Altparteien änderten vor den Wahlgängen noch die Geschäftsordnung, um dies zu ermöglichen. Trotzdem blieb der AfD auch diesmal dieses Recht verwehrt. In insgesamt drei Wahlgängen wurde ich von den anderen Parteien nicht gewählt. Dabei hätten sich diese im dritten Wahlgang nur enthalten müssen. Dann hätte mich die AfD-Fraktion allein mit ihren Stimmen zum Vizepräsidenten wählen können, denn es wäre nur die einfache Mehrheit erforderlich gewesen. Aber nicht einmal dazu waren die anderen Parteien in der Lage.

Besonders enttäuschend ist dabei das Verhalten der CDU. Ein Teil ihrer Fraktion stimmte mit Sicherheit im ersten Wahlgang für den Kandidaten der Linken, Bodo Ramelow, der 318 Stimmen erhielt, verweigerte mir aber die entscheidende Unterstützung. Der Grund: Die Union lässt sich von SPD, Grünen und der Linken treiben und fügt sich deren Diktat.

Es ist erschreckend, was CDU-Abgeordnete mir hinter vorgehaltener Hand sagten: In den Sondierungsgesprächen hat die SPD der Union regelrecht diktiert, dass kein AfD-Bundestagsvizepräsident mit Stimmen der Union gewählt werden darf!

Doch nicht nur die SPD agiert so. Auch die Grünen setzten die CDU massiv unter Druck. So geriet die CDU-Kandidatin für das Amt des Bundestagspräsidenten, Julia Klöckner, dort ins Visier, denn sie wollte sich auch in der AfD-Fraktion vorstellen. Aber die Botschaft war klar: Würde sie dies tun, würden die Grünen jede Unterstützung verweigern. Das Ergebnis? Klöckner hatte auf einmal „Terminschwierigkeiten“, der Besuch fand nicht statt!

Die Union unter Friedrich Merz hat sich den links-grünen Wahlverlierern unterworfen, nur um die Kanzlerschaft nicht zu gefährden und hat damit ein weiteres Mal bewiesen, dass sie sich

von ihrem konservativen Profil verabschiedet hat. Das Verhalten von CDU/CSU verheißt nichts Gutes für die Zukunft Deutschlands. Es zeigt sich, dass die links-grünen Parteien, trotz ihrer Wahldebakel, durch die „Brandmauer“ weiterhin entscheidend die Politik im Land bestimmen!

Kein Quandt ist illegal!

Beitrag von Markus Walbrunn, MdL

Die städtischen Bilderstürmer sind mal wieder unterwegs in München und rufen zur nächsten großen Säuberung unserer Straßennamen. 39 Straßen sollen umbenannt, zehn weitere kritisch kommentiert werden.

Diesmal im Fadenkreuz stehen unter anderem der Luftfahrpionier Wilhelm Messerschmitt und Herbert Quandt, der BMW erst zu der Weltmarke gemacht hat, die wir heute kennen. Insbesondere letzterer Fall entbehrt nicht an reichlich Ironie, sind es doch BMWs üppige Steuerzahlungen, die es den grün-roten Klimafundamentalisten im Rathaus überhaupt ermöglichen, einen Großteil der städtischen Wohltaten für Linksextremisten und Glücksritter zu finanzieren.

Natürlich gibt es historische Schattenseiten, aber soll das wirklich bedeuten, dass jede Persönlichkeit mit einer komplizierten Biographie aus dem Stadtbild verbannt wird? Dann müssten bald weite Teile unserer Geschichte ausradiert werden. Und genau das ist wahrscheinlich auch das Ziel der modernen Inquisitoren.

Diese Straßenumbenennungen sind nichts anderes als eine ideologische und identitätsfeindliche Bereinigung der Vergangenheit. Es geht nicht darum, Geschichte differenziert aufzuarbeiten, vielmehr ist dieser politisch-motivierte Bildersturm als ein weiteres kleines Puzzlestück im Kampf gegen unsere deutsche Kultur zu sehen. Die nationale Identität wurde schon vor Jahrzehnten von linksradikaler Seite als Gefahr für den angestrebten, multikulturell geprägten und grün-sozialistisch geführten europäischen Bundesstaat erkannt.

Es geht also um weit mehr als nur um Geschichte und Namen, wenn wir als AfD entschieden Widerstand gegen solche ideologisch-motivierten Straßenumbenennungen leisten. Dass dieser Irrsinn obendrein Tausende von Euro an Steuergeldern verschlingt – für neue Schilder, Adressänderungen, Verwaltungsaufwand – hilft die Bürger für diesen Kampf zu gewinnen, wir dürfen aber nicht den Fehler machen, ihn für uns auf dieses profane Niveau zu verkürzen.

Mit „Sicherheit“, sei es auf den Straßen oder für den Geldbeutel, gewinnen wir die Stimmen unserer Mitbürger. Das haben die Nachwahlbefragungen zur Bundestagswahl erneut gezeigt, die Sicherheit (allgemein), soziale Sicherheit und Migration als die drei wichtigsten, die Wahlentscheidung prägenden Themenfelder, ausgewiesen haben.

Halten werden wir die Wähler aber auch in schwierigen Zeiten nur, wenn wir es schaffen, Werte und Identität zu stiften, die über den persönlichen Vorteil für sie hinausgehen. Eine deutsche Identitätspolitik mit Augenmaß sowie Widerstand gegen deren Zersetzung durch ihre links-grünen, mitunter auch schwarzen Feinde, ist deshalb unerlässlich!

Engagieren Sie sich für Ihre Gemeinde – Werden Sie Teil der Kommunalpolitik!

Ein Beitrag von Christian Demmel, Bezirksrat im Bezirk Oberbayern, Stadtrat und Kreisrat

2026 finden in Bayern die nächsten Kommunalwahlen statt. Gemeinderäte, Stadträte und Kreisräte werden alle sechs Jahre in die Gremien gewählt. Zusätzlich müssen Positionen der Bürgermeister und Landräte besetzt werden.

Viele Menschen denken, Politik werde ausschließlich im Bundestag oder in den Landtagen gemacht. Doch tatsächlich sind es oft die kommunalen Gremien, die entscheidend zur Gestaltung guter Politik beitragen. Hier engagieren sich Menschen, die mit den Entscheidungen und Beschlüssen direkt leben müssen – und genau das macht die Kommunalpolitik so wichtig und nahbar.

Haben Sie sich jemals gefragt, wie Entscheidungen in Ihrer Stadt oder Gemeinde getroffen werden? Wie Projekte entstehen, die Ihre Nachbarschaft verbessern, oder wie Herausforderungen gemeistert werden, die uns alle betreffen und die „große“ Politik beeinflussen? Die Antwort liegt in der Kommunalpolitik – und Sie können ein Teil davon sein!

Als Mitglied eines Stadtrats, Kreistags oder Bezirkstags kontrollieren Sie die Verwaltungen und haben die Möglichkeit, aktiv die Zukunft Ihrer Region mitzugestalten. Sie können Ideen einbringen, Lösungen entwickeln und direkt Einfluss auf die Lebensqualität Ihrer Mitbürger nehmen. Es ist eine Chance, Verantwortung zu übernehmen und etwas zu bewegen.

Der Weg beginnt mit Ihrer Entscheidung, sich auf eine Wahlliste einer Partei setzen zu lassen. Sie müssen kein Politiker sein – nicht einmal zwingend Mitglied einer Partei sein – was zählt, ist Ihr Engagement, Ihre Perspektive und Ihr Wille, sich für das Gemeinwohl einzusetzen. Die Kommunalpolitik lebt von Menschen wie Ihnen, die bereit sind, ihre Zeit und Energie für ihre Mitmenschen einzusetzen.

Die Arbeit in einem kommunalen Gremium ist nicht nur eine Herausforderung, sondern auch eine Bereicherung. Sie lernen, wie demokratische Prozesse funktionieren, arbeiten mit anderen Menschen zusammen und erleben, wie Ihre Ideen Realität werden. Es ist eine Gelegenheit, Ihre Fähigkeiten zu erweitern und gleichzeitig einen positiven Beitrag zu leisten.

Jetzt ist der Moment, aktiv zu werden. Ihre Gemeinde braucht Menschen, die bereit sind, Verantwortung zu übernehmen und sich für die Gemeinschaft einzusetzen. Lassen Sie sich wählen – für eine bessere Zukunft, für unsere Kinder, für Ihre Nachbarn, für sich selbst. Werden Sie Teil der Kommunalpolitik und gestalten Sie die Welt um sich herum aktiv mit! Am besten auf einer der Listen der AfD.

71 Landkreise sowie 25 kreisfreie Städte und 2056 selbständige Gemeinden, Städte und Märkte brauchen ehrenamtliche und engagierte Bürger mit gesundem Menschenverstand und das Herz am rechten Fleck.